



## Wogegen wird in Heiligendamm protestiert?

Vom 6.- bis 8. Juni 2007 werden sich die Regierungschefs der 8 wichtigsten Industriestaaten in Heiligendamm zu Beratungen treffen. Das sind die Regierungsspitzen der Länder Großbritannien, Frankreich, Italien, Kanada, Japan, Russland, USA und Deutschland. Gastgeberin ist Angela Merkel. Im Mittelpunkt der Beratungen steht die „Ausgestaltung der globalisierten Weltwirtschaft und die Entwicklung Afrikas“. Weitere wichtige Themen sind u.a. der „Schutz von Innovationen gegen Produkt- und Markenpiraterie“, die „Transparenz der Finanz- und Kapitalmärkte (Problem der Hedge-Fonds)“ sowie „Energieeffizienz und Klimaschutz“. Zugegeben: Was an konkreten Beschlüssen herauskommen wird, ist völlig offen. Aber was kann man eigentlich dagegen vorbringen, dass die mächtigsten Frauen und Männer der Welt (freilich ohne China und Brasilien) über diese wichtigen Themen friedlich beraten? Hätte man etwa lieber, wenn vielleicht nur ein Teil dieser Regierungschefs darüber beraten würde, wie man die anderen mit einem kalten oder vielleicht sogar heißen Krieg überziehen könnte? Wogegen wird in Heiligendamm eigentlich protestiert?

Ziemlich absurd ist das Argument, die Regierungschefs seien nicht legitimiert, über dergleichen Dinge zu reden. Mindestens 7 der versammelten Regierungschefs stützen sich auf eine durchaus demokratische Regierungsstruktur. Und wenn es denn zu vernünftigen und sinnvollen Beschlüssen kommt, so werden diese mächtigen Leute am ehesten in der Lage sein, sie auch umzusetzen.

Viel gewichtiger ist das Argument, das ganze Treffen und die Sicherheitsmaßnahmen seien einfach zu teuer. Die Summe von 100 Mio Euro wird genannt. Wenn die Acht sich auf einem Flugzeugträger versammelt hätten, was m.E. im Rahmen der Nato bei Malta schon einmal geschehen ist, dann wären die Kosten natürlich weitaus geringer. Allerdings ist das Kostenargument sicherlich allein nicht ausreichend, um diese gewaltige Protestwelle, an der sich auch die Kirchen beteiligen, zu rechtfertigen. Schließlich bleibt ein Teil des Geldes mit Sicherheit in M-V. Und zum anderen wird mancher Politiker oder Journalist auch einmal privat wiederkommen, einfach weil ihm die Gegend so gut gefallen hat.

Der Kern des Protestes lässt sich mit dem Stichwort „Fehlentwicklung der Globalisierung“ beschreiben, für die man die 8 Mächtigen verantwortlich sieht. Eine zentrale Rolle spielt im

Rahmen der Proteste die weltweit operierende Bewegung Attac, eine Antiglobalisierungs-Bewegung, die mittlerweile durchaus Greenpeace vergleichbar ist.

Wichtigste Argumente und Vorwürfe:

- Die von den G8-Staaten verfolgte Handelspolitik der Liberalisierung und Privatisierung hat nicht nur in den Entwicklungsländern, sondern auch in den Industrieländern dazu geführt, dass die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer werden.
- Die G8 Staaten sind die größten Klima- und Umweltzerstörer. Sie sind verantwortlich für fast 50 % des weltweiten CO<sub>2</sub>-Ausstoßes und treten ein für eine Renaissance der Atomenergie, die abzulehnen ist.
- Die G8-Staaten sind verantwortlich für 90% der weltweiten Waffenexporte und einer neuen Phase der Rohstoffkriege.

Zusammengefasst: Die von der Dominanz der G8 geprägte Welt ist eine Welt der Kriege, des Hungers, der sozialen Spaltung, der Umweltzerstörung und der Mauern gegen Migranten und Flüchtlinge. Verlangt wird eine andere Art der Globalisierung im Interesse der Mehrheit der Menschen. Gefordert werden u.a.

- eine faire Entschuldung der Länder der südlichen Halbkugel
- gleiche soziale Rechte und Standards weltweit
- ein radikaler Wechsel zu erneuerbaren Energien
- der sofortige und endgültige Ausstieg aus der Atomenergie und eine vollständige weltweite atomare Abrüstung
- die Überwindung von Mauern und Grenzen, die Beseitigung von Lagern und Abschiebungen.
- internationale Steuern, da unterschiedliche nationale Steuern großen Konzernen die Möglichkeit eröffnen, sich der Besteuerung weitgehend zu entziehen.

Niemand wird bestreiten, dass hier ausreichend Potential für politischen Protest vorhanden ist. Zu hoffen und zu wünschen ist, dass die 8 Mächtigen Beschlüsse fassen, die den Anliegen der Gegenseite zumindest etwas entgegenkommen. Das zentrale Thema Afrika weckt hier einige Erwartungen. Zu hoffen und zu wünschen ist ferner, dass die Proteste friedlich bleiben und niemand zu Schaden kommt.

**Rupert Eilsberger**

## Mit unserem Kreisvorstehenden ist weiterhin zu rechnen.

„Neuer SPD-Chef kämpferisch: Mit uns ist wieder zu rechnen“, so titelte die OZ, nachdem wir Klaus Mohr im Februar zum neuen Kreisvorsitzenden gewählt hatten. Und genau so sahen wir Stralsunder SPD-Mitglieder das auch. Und unsere

Erwartungen an Klaus waren groß, denn wir wussten, dass er von seiner langjährigen Tätigkeit im Landtag viel politische Erfahrung mitbrachte. Und dann wurde Klaus Leiter des Ministerbüros bei Erwin Sellering, dem neuen Landes-

vorsitzenden der SPD in M-V und Kandidaten für das Amt des Ministerpräsidenten. Das ist für Klaus eine höchst ehrenvolle Berufung und eine Tätigkeit mit viel Karriere-Aussichten. Dazu kann man Klaus wirklich nur herzlich beglückwünschen. Aber es ist natürlich auch eine Tätigkeit, die sehr viel Arbeit mit sich bringt. Rund um die Uhr, sozusagen, und ohne Wochenende. Das beunruhigt die Stralsunder Genossen. Denn die Frage stellt sich: Wird Klaus demnächst vielleicht völlig nach Schwerin umziehen und was wird dann aus seinem Amt als Kreisvorsitzender?

Ich habe Klaus deshalb in Schwerin angerufen, und die Tatsache, dass ich ihn sofort unter seiner Nummer 0385 588 9001 am Apparat hatte, begann schon, mich zu beruhigen. Klaus sagte mir ohne jeden Vorbehalt: Ich bin als Kreisvorsitzender gewählt worden und ich werde dieses Amt ungeachtet aller Schweriner Belastungen auch ausfüllen. Mindestens zu jeder Vorstandssitzung könnt Ihr mit mir rechnen, und ich bin auch

sonst so oft ich kann, in Stralsund. Ich habe auch nicht vor, nach Schwerin umzuziehen!

Und dann fügte Klaus noch zwei Bemerkungen an, die zwar jedes SPD-Mitglied in Stralsund kennt, die ich aber trotzdem noch einmal wiederholen will:

1. Es ist klar, dass man vom Kreisvorsitzenden die meisten Initiativen und Ideen erwartet. Aber das heißt natürlich nicht, dass die anderen Vorstandsmitglieder die Hände in den Schoß legen können. Auch sie sind gefordert.
2. Man soll nicht unterschätzen, was Klaus auch in Schwerin für die Hansestadt und für die Stralsunder SPD tun kann.

Das Gespräch mit Klaus hat mich sehr beruhigt. Wir werden weiterhin mit unserem Kreisvorsitzenden rechnen können!

**Rupert Eilsberger**

## **Freiwillige Aufgaben und Pflichtaufgaben in Zeiten knapper Haushaltskassen**

Am 14.12.2006 hat die Stralsunder Bürgerschaft ein Haushaltssicherungskonzept beschlossen, das für den Zeitraum 2006 - 2009 Einsparungen in Höhe von ca. 20,5 Mio. Euro vorsieht. Die Finanzplanung der Stadt weist aber für denselben Zeitraum ein Gesamtdefizit von rund 68,25 Mio. Euro aus. Es ist somit keine Überraschung, dass das Innenministerium nunmehr eine Überarbeitung des Konzeptes angeordnet hat.

Notgedrungen geht damit die Diskussion über - von der Bürgerschaft im Dezember noch erfolgreich verhinderte - Kürzungen bei den freiwilligen Selbstverwaltungsaufgaben wieder los. Dabei handelt es sich um diejenigen Zuschüsse, die die Stadt für kulturelle Einrichtungen (Theater, Museen, Musikschule, Tierpark), für die Volkshochschule und Bibliotheken, das Frauenhaus, die Sportförderung, die Wirtschaftsförderung und den Fremdenverkehr, für Jugendarbeit, die Badeanstalten, für Städtepartnerschaften, Weltkulturerbe und vieles mehr zahlt. Im Gegensatz zu den sog. Pflichtaufgaben machen gerade die freiwilligen Leistungen den Kern der kommunalen Selbstverwaltung, nämlich den eigentlichen Gestaltungsspielraum unserer Stadt, aus. Dieser Bereich umfasst in Zahlen rund 10 Mio. Euro (davon 8 Mio. Euro Personalkosten), das sind allerdings nur 7 % des gesamten Verwaltungshaushaltes.

Die SPD-Fraktion hat sich nach den massiven und für einige Einrichtungen existenzbedrohenden Kürzungen der vergangenen Jahre bei den Haushaltsberatungen erfolgreich dafür eingesetzt, dass in diesem Bereich keine weiteren Streichungen erfolgen. In dem am 27.03.2007 beschlossenen Haushaltsplan für das

Jahr 2007 sind derartige Kürzungen deshalb auch nicht enthalten.

Aus unserer Sicht sind in Zeiten knapper öffentlicher Mittel Eigeninitiative und privates Engagement der Bürger füreinander besonders wichtig - gerade weil „der Staat“ nicht mehr für Alles (Alle?) sorgen kann. Deshalb setzten wir uns dafür ein, dass die vielen kleineren Initiativen, die mit viel persönlichem Einsatz und eher geringen Zuschüssen wichtige Aufgaben in der Stadt erfüllen, nicht dem Sparzwang zum Opfer fallen.

Bekanntlich stellt die SPD-Fraktion nur 5 der insgesamt 42 Bürgerschaftsmitglieder, sodass viele unserer rechtzeitigen Warnungen und Sparvorschläge nicht durchgesetzt werden konnten. Heute sähe die Haushaltslage der Stadt besser aus, wenn die 9 Mio. Euro für die Stadthalle noch zur Verfügung stünden oder in einer von uns mehrfach vorgeschlagenen Bürgerstiftung regelmäßige Zinseinnahmen erbringen könnten, um freiwillige Ausgaben damit zu finanzieren. Jedenfalls werden wir bei der anstehenden Diskussion um das neue Haushaltssicherungskonzept darauf dringen, die erforderlichen Einsparungen bei den übrigen 93 % des Verwaltungshaushaltes vorzunehmen, etwa durch Aufgabenreduzierung, Straffung der Verwaltungsstrukturen (hierzu gehört auch die von uns beantragte Streichung der Senatorenstellen) und verbesserte Zusammenarbeit mit den Nachbarkreisen. Hier sind wir weiterhin dankbar für Vorschläge und Ideen unserer Mitglieder.

**Michael Böhme**

## **Ein listiger Plan scheitert**

Anfang April sorgte ein Umzugsplan aus dem Amt für Wirtschaft, Kultur, Schule und Sport der Hansestadt bei Eltern und Schülern von zwei Schulen für erhebliche Unruhe. Die Karsten Sarnow Grundschule sollte in die Lambert-Steinwisch-Schule umziehen. Das dort untergebrachte Förderzentrum sollte in das weitgehend leerstehende Herder-Gymnasium gehen. Begründet wurde dies von der Hansestadt im wesentlichen mit der Sanierungsbedürftigkeit der Karsten Sarnow-Schule, die ein Leerziehen dieses Gebäudes zur Reparatur erfordere. Der Umzug in die Lambert-Steinwisch Schule und die Verlagerung

des Förderzentrums sei mit Rücksicht auf Schulwege usw. die einzig vertretbare Lösung. So oder so ähnlich hieß es in einer Vorlage der Stadtverwaltung, die schon mit Elternvertretern, Schulrat usw. abgestimmt wurde (sie liegt der Redaktion nicht vor!)

Die Proteste der Eltern und Schüler waren sehr heftig. Nur allzu schnell wurde bekannt, dass die Gründe in der Vorlage nur listig vorgeschoben waren. Der wahre Grund war im § 103 des Schulgesetzes MV zu finden, der die Schul-

trägerschaft regelt. Bekanntlich wird die Hansestadt Stralsund im Zuge der Kreisgebietsreform mit einiger Sicherheit ihre Kreisfreiheit verlieren und eine sogenannte große kreis-angehörige Stadt werden. Damit fällt die Trägerschaft für das Förderzentrum zusammen mit dem Gebäude und Gelände an den Kreis. Das Gleiche gilt übrigens für die Gymnasien, nur dass die Stadt hier – nicht bei einer Förderschule – die Möglichkeit hat, sich die Trägerschaft per Antrag und Entscheidung durch den Kreistag zurückzuholen.

Nun ist die Lambert-Steinwisch Schule eine besonders schöne und schön gelegene Schule, die vor einiger Zeit saniert worden ist. Sie verfügt über eine begehrte Turnhalle. Mit der Verlagerung des Förderzentrums in das Herdergymnasium würde man sogar 2 Fliegen auf einmal erledigen: Man würde zum einen die Lambert Steinwisch-Schule behalten und zum anderen dem Kreis mit dem Herder-Gymnasium einen stark sanierungsbedürftigen Plattenbau aufnötigen, an dem die Stadt schon lange keine Freude mehr hat. Die Aushändigung der schönen Lambert-Steinwisch Schule an den Kreis, ge-

wissermaßen als Morgengabe der Kreisgebietsreform, erschien Vielen zunächst als ein zu großes Opfer. Und entspricht es nicht schöner kommunaler Kungeltradition, dass einem in solcher Situation „etwas einfällt“?

Es war unsere Ute Bartel, die als erste in der Fraktion erkannte, dass eine Verlagerung eines Förderzentrums mit lern-behinderten Schülern aus Gründen der Trägerschaft für die Schule schlechthin unzumutbar und deshalb aus politischen aber vor allem auch aus rein menschlichen Gründen nicht zu vertreten ist. Ihr gelang es dann im Ausschuss für Kultur, Schule und Sport, eine Mehrheit dafür zu gewinnen, dass man auf die umlaufende Vorlage überhaupt nicht zu warten brauche, sondern gleich negativ entscheiden könne. So geschah es dann auch. Und in der Bürgerschaft vom 26.4. stimmten dann sogar alle Stadtvertreter gegen die Umzüge. Ein überaus listiger Plan, der allerdings zu durchsichtig war, ist damit vom Tisch.

**Rupert Eilsberger**

## Strelapark und kein Ende

Wie ist der Stand der Dinge? Der Strelapark plant seit etwa zwei Jahren eine Erweiterung seiner Verkaufsfläche um 8000 m<sup>2</sup>.

Stralsund hat dieses Ansinnen zweimal abgelehnt, indem die Bürgerschaft negativ Stellung zu den entsprechenden Bebauungsplänen der Gemeinde Kramerhof genommen hat. Vorausgegangen war noch, dass OB Lastovka der Erweiterung zunächst zugestimmt hatte, ohne die Bürgerschaft auch nur zu informieren. Die Bürgerschaft hatte dann auf SPD-Antrag das Verfahren an sich gezogen und die Stellungnahme des OB durch eine eigene ersetzt. Der geballte Unmut der Kaufmannschaft spielte dabei eine wichtige Rolle.

Kramerhof nun hat sich über die Stralsunder Bedenken hinweggesetzt und den B-Plan doch beschlossen. Das hat Rechtskraft, solange niemand dagegen klagt.

Stralsund könnte das machen, tut es aber nicht. Der OB und seine Senatoren „sehen keinen Handlungsbedarf“ (O-Ton Vellguth). Also würde nur ein weiterer Beschluss der Bürgerschaft mit einem direkten Auftrag an den OB, den Gerichtsweg zu gehen, weiterhelfen.

Wir halten es aber nicht für sinnvoll, jetzt einen Antrag dazu einzubringen, weil die Mehrheit leider bröckelt. Der OB hat seine CDU-Fraktion offensichtlich fest im Griff, die Bürger für Haack stehen sowieso zu ihm und die halbe Oschmann-PDS kriegt nach einigem Zappeln auch immer wieder die Kurve in seine Richtung. Ein abgelehnter Antrag wäre weit schlimmer als der gegenwärtige Zustand.

Weiter muss man wissen, dass der zuständige (SPD-) Minister Ebnet dem ganzen Spuk ein Ende machen könnte, schließlich ist er die oberste Regionalplanungsbehörde. Er verweist aber auf die Rechtsmittel, die der Stadt zur Verfügung stehen. Die Regionalplanungsbehörde hat das Vorhaben inzwischen ziemlich klar für rechtswidrig erklärt. Dessen ungeachtet hat der Strelapark beim Landkreis eine Bauvoranfrage gestellt. Man darf gespannt sein, ob der Landkreis den Landesgesetzen oder dem B-Plan höhere Gesetzeskraft zubilligen wird.

Nun gab es plötzlich Hilfe. Heinz Müller hat im Landtag eine Anfrage zum Strelapark gestellt, zur Rechtmäßigkeit, zur Beurteilung durch die Landesregierung und zu deren Absichten.

Beantwortet hat das (CDU-)Minister Seidel. Klar ist danach, dass die Erweiterung rechtswidrig ist, aber handeln kann ja die Stadt.

In welchem Land sich das alles abspielt?

Vielleicht war es Anfang der 90er Jahre verzeihlich, dass sich bei außerstädtischen Verkaufszentren kommerzielle Interessen gegen diejenigen der Städte durchsetzten. Die Behörden waren erst im Aufbau und die Wirtschaft war einfach schneller. Aber heute? Vernunft und Recht könnten wieder einmal an die Wand gedrückt werden. Einfach, indem alle untätig bleiben. Der Landrat hat es noch in der Hand.

Ich möchte noch betonen, dass wir keinen Kampf gegen den Strelapark führen. Das ist ein gut geführter Laden. Davon kann sich mancher eine Scheibe abschneiden. Wahrscheinlich machen wir uns bei vielen Wählern nicht einmal beliebt, wenn wir die Erweiterung ablehnen. Uns geht es um die Innenstadt. Der Einzelhandel in der Altstadt hat es schwer. Schon beim Parkplatzproblem kann er nicht mit der grünen Wiese konkurrieren.

Ein paar Zahlen:

Die Altstadt hat ca. 25000 m<sup>2</sup> Verkaufsfläche, der Strelapark 17000 jetzt und ebenfalls 25000 nach der Erweiterung. Dort gibt es schon jetzt nicht nur einen Lebensmittel-Supermarkt, sondern Elektronik, Textilien, Sport-, Gold- und Lederwaren, Blumen, Dienstleistungen, ... , kurz: innenstadtrelevante Sortimente. Das würde sich nach den Strelaparkplänen dramatisch steigern. Die Konkurrenz zur Altstadt würde übermächtig. Schließlich wird jeder Euro nur einmal zum Einzelhandel getragen.

Was tut sich in der Altstadt? P&C hat die Schließung seines ohnehin nicht sehr profitablen Hauses in Aussicht gestellt. Wird mit der Bebauung des Rathausplatzes wirklich noch 2008 begonnen?

Am Ende stünde eine Museumsstadt ohne Leben und Treiben, in der auch wieder die Mittel für die laufende Unterhaltung fehlen. Das können wir nicht wollen. Das darf nicht die Zukunft unserer Stadt sein.

**Kurt Pagels**

## Demographie- Debatte – bitte mit Augenmaß!

2030 werden in Stralsund immer mehr alte Menschen und viel zu wenig junge wohnen. Ohne Zweifel wird sich daraus eine ganze Reihe von Problemen ergeben. Leider wird die derzeitige Debatte darüber in Stralsund von Konzeptionslosigkeit, Panikmache und Untätigkeit bestimmt.

**Konzeptionslosigkeit:** Da wird in den Gremien der Hansestadt auf der einen Seite überlegt, trotz Haushaltskonsolidierung die Zuschüsse für die wirklich nicht zu den Benachteiligten gehörenden Kleingärtner zu erhöhen. Auf der anderen Seite sollen für den Kinder- und Jugendsport jetzt Benutzungsgebühren für Sportplätze und Hallen erhoben werden. Als wären nicht schon jetzt Familien mit Kindern die am meisten benachteiligte Bevölkerungsgruppe überhaupt, von den künftigen Renten unserer Kinder ganz zu schweigen.

**Panikmache:** „2030 – Der Aufstand der Alten“ – mit diesem ZDF-Quark kann man allenfalls neue Kunden für die private Altersversorgung werben. Glaubt wirklich jemand, die Alten ließen sich eine derartige Politik gefallen? In wenigen Jahren werden die Rentner die Mehrheit der Wähler stellen – da wird es im Gegenteil schwer, überhaupt noch etwas für Familien und für Kinder und für deren wirtschaftliche und ökologische Zukunft umzusetzen. Und: 2030 haben wir einen Mangel an Arbeitskräften, und schwere körperliche Arbeit nimmt immer mehr ab. Deshalb gehen Zukunftsforscher davon aus, dass Arbeitnehmer künftig nicht mehr „automatisch“ mit 65-67 in Rente gehen, sondern in flexiblen Arbeitsverhältnissen deutlich darüber hinaus auch Einkünfte erzielen können.

**Untätigkeit in Stralsund:** Nach einer Erhebung des Deutschen Städtetages unter 59 Städten weist mehr als die Hälfte von ihnen bereits ein Handlungskonzept zum demographischen

Wandel auf. In Bielefeld und Iserlohn gibt es sogar kommunale Demographie-Beauftragte. Es reicht bei weitem nicht – wie vom Forum Kommunalpolitik vorgeschlagen – die Hansestadt für ältere Menschen attraktiv zu machen und dann bundesweit betuchte Senioren anzulocken. „Im Jahr 2050 brauchen wir weniger Lehrer, weil wir weniger Kinder haben. Anstatt die frei werdenden Ressourcen auf die Altenbetreuung zu verwenden, sollten wir sie lieber in die Zukunft investieren und den wenigen Kindern die bestmögliche Ausbildung zukommen lassen“, sagt die Bielefelder Fachfrau. Denn die wenigen Kinder seien das Zukunfts- und Innovationspotenzial des Landes. – Darüber hinaus müsse sich eine Kommune Gedanken darüber machen, wie die Infrastruktur der Zukunft aussehen muss. „Zum Beispiel die Wasserrohre. Wenn immer weniger Menschen in den Städten leben und immer weniger Wasser verbrauchen, dann verfault bei großen Rohrnetzen irgendwann das Wasser in den Rohren“, so die Bielefelderin. In Ostdeutschland sei das in schrumpfenden Kommunen bereits der Fall, dort würden alle zwei Wochen die Rohre entleert. „Ökologisch eine Katastrophe.“ Also müssten Netze gegebenenfalls verkleinert werden. „Das kostet einmal viel Geld, aber auf lange Sicht viel weniger.“

In Cottbus gehen derweil bereits die Städteplaner zu Werk: Alte zehngeschossige Plattenbauten werden abgerissen und aus den alten Platten zweigeschossige Stadtvillen errichtet, die zu einem Gutteil alten- und behindertengerecht sind. Die Bevölkerung von Cottbus ist in den vergangenen Jahren von 128.000 auf 102.000 zurückgegangen.

Unsere Bürgerschaftsfraktion ist aufgerufen, das Thema aufzugreifen – nicht forums-populistisch, sondern mit Augenmaß – und nachhaltig.

**Bernd Röll**

## Straßenbau in der Altstadt

Einer Presseverlautbarung der Stadterneuerungsgesellschaft Stralsund (SES) vom Anfang diesen Jahres entnehmen wir u. a. die folgenden Planungen für Straßenbauarbeiten (Erschließungs- und Erneuerungsarbeiten) in der Altstadt:

- Straße am Olof-Palme-Platz, Abschluss April 2007 (Termin schon überschritten)
- Umgestaltung Frankenwall: Beginn 4. Quartal 2007, Abschluss 3. Quartal 2008
- Ravensbergerstraße: Baubeginn 2. Quartal 07, Ende 4. Quartal 07
- Badstüberstr. nördl. Teil (fertiggestellt März 07)
- Radweg Sundpromenade Nasses Dreieck: Beginn und Ende 2. Quartal 2007)
- Seestraße: Baubeginn 4. Quartal 07, Ende 3. Quartal 08
- Jacobiturmstraße: Baubeginn Oktober 06, Ende März 07 (neuer Termin Ende Juni 07)
- Quartier 33 – vor der Jakobikirche: Baubeginn Mai 06, Ende Juli 07

- Semlowerstraße. Baubeginn Juni 06, Ende Juli 07
- Tribseerstraße Baubeginn Juli 06, Ende Juli 07
- Knieperstraße Baubeginn Juli 06, Ende April 07 (Termin schon überschritten)
- Parkplatz Knieperwall: Baubeginn August 06, Ende April 07
- Mühlenstraße BA 1.1-1.3: Baubeginn April 06, Ende April 08.

Nicht selten dauern Straßenbauarbeiten in Stralsund länger als geplant.

**Rupert Eilsberger**

### IMPRESSUM

Vi.S.d.P.	Kreisvorstand der SPD
	(außer für namentlich gekennzeichnete Artikel)
Herausgeber:	Kreisvorstand der SPD
Redaktion:	Rupert Eilsberger
Satz und Druck:	cabrio-druck, Stralsund, Tel. 30 21 41